

Vertagung der Ruhrverhandlungen

Unternehmer werden von Tag zu Tag frecher

Berlin, 22. November. (Eig. Drahtber.) Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, wurden die Ruhrverhandlungen am Dienstag fortgesetzt, jedoch nach kurzer Zeit vertagt. Es wurde folgendes Komminiqué ausgegeben:

„Nachdem der Termin vor dem Landesarbeitsgericht in Duisburg am 24. November ansteht, sind beide Parteien übereingekommen, die weiteren Verhandlungen bis zur Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes auszusetzen, zumal durch den Feiertag (Wutztag) ohnehin zwei Arbeitstage verloren gehen.“

Beide Parteien legen jedoch Wert darauf, die Verhandlungen nachdem fortzusetzen.“

Die Verhandlungen wurden ausgesetzt, weil die Unternehmer, ermüdet durch die nachgiebige Haltung der Gewerkschaftsführer, immer weitergehende Forderungen stellten.

Schon im Laufe der vorigen Woche hatten die Gewerkschaftsvertreter eingewilligt, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen.

Die Unternehmer waren aber mit diesem Vorschlag nicht einverstanden. Es wurde eine kleinere Verhandlungskommission gebildet, der vom D.V.V. das Hauptvorstandsmitglied Reichel angehört. Dort machten die Unternehmer den Vorschlag, lediglich einem kleinen Teil der Zeitarbeiter 8 Pfg. zuzugestehen, dem übrigen Teil der Zeitarbeiter jedoch nur 3 Pfg. Die Arbeiter sollten überhaupt keine Zulage erhalten, und diese Lohnregelung sollte für zwei Jahre Geltung haben. Außerdem sollte die bisherige zwölfstündige Arbeitszeit wieder mindestens um zwei Jahre verlängert werden. Zum Lohn machten die Unternehmer in der Arbeitszeitfrage einige sogenannte Verbesserungsvorschläge, die aber in Wirklichkeit keinerlei Verbesserung gebracht hätten. Der D.V.V.-Führer Reichel erklärte sich mit diesem Vorschlag bereits einverstanden, er mußte jedoch den Vorbehalt machen, daß auch die Bezirksleitung des D.V.V. dieser Regelung zustimme. Soweit waren die Verhand-

lungen am Sonnabend geblieben, der Reglerungspräsident Bergemann erklärte schon, daß die Einigung da sei. Jedoch auch die kommunistische Presse erfuhr von dem schändlichen Verrat und mobilisierte die Ruhrarbeiterschaft gegen den Verrat. Als dann am Sonntag und Montag Reichel mit den übrigen Vorkämpfern des D.V.V. die Lage besprach, mußten sie feststellen, daß man angesichts der Erregung der Arbeiterschaft nicht ohne weiteres diese schändliche Vereinbarung annehmen konnte, sondern mindestens die Kapitulation noch vorbereiten müsse.

Bei der Fortsetzung der Verhandlungen bestanden die Unternehmer darauf, daß ihr Vorschlag, den sie als ihr letztes Angebot bezeichnen, angenommen werden müsse. Da die Gewerkschaftsführer aber noch nicht endgültig unterzeichnen konnten, wurde mit den Unternehmern vereinbart, die offiziellen Verhandlungen bis zum 24. November auszusetzen, bis zu welchem Termin das Landesarbeitsgericht Duisburg, die zweite Instanz, über Rechtmäßigkeit des Schlichtersprüche entscheiden hat.

Wie aber aus allen Berichten hervorgeht, wird der Schacher im Geheimen weitergehen. Die Gewerkschaftsführer werden die kommenden Tage ausnützen, um durch alle möglichen Mäander und Schwindelreden den Boden für die vollständige Kapitulation vorzubereiten.

Die Ruhrarbeiter wollen aber um keinen Preis zu den schändlichen Bedingungen der Unternehmer die Arbeit wieder aufnehmen. Ihre Kampfstellungen werden alle Kräfte daransetzen, um die Kampffront so zusammenzuschweißen, daß der Kampf bis zum Siege der Arbeiter fortgesetzt wird.

Da das Angebot der Ruhrindustriellen ein Muster für alle deutschen Unternehmer ist, da vom Ausgange des Ruhrkonflikts sehr viel abhängt, wie sich die Löhne und Arbeitsbedingungen der gesamten deutschen Arbeiterschaft gestalten werden, da also jeder Arbeiter das größte Interesse an einem Siege der Ruhrarbeiter hat, gilt es jetzt erst recht, ihren Kampf nach allen Kräften zu unterstützen.

Die Verurteilung auf das vorbildliche Verhalten der Düsseldorf-Polizeiverwaltung ist deutlich. Die christlichen Vertreter fordern vom preussischen Innenminister Geffert, daß er den Polizeiterror noch mehr verschärfen werde. So soll der Staat den Arbeitern „helfen“. Blaue Bohnen statt Brot.

Immer neue Opfer der Kriegsrückwärtigen

Schweres Explosionsunglück bei Paris — Ein Kartuschenlager in die Luft geflogen — Bisher zwölf Tote geborgen

Paris, 20. November. In dem Vorort Vincennes, der zum Festungsgürtel gehört und fast mit Truppen besetzt ist, stieg am Dienstagmorgen, gegen 17,15 Uhr französischer Zeit, ein Kartuschenlager in die Luft. Bisher werden zwölf Tote gezählt. Die Nachricht, die sofort in der Kammer bekanntgegeben wurde, hat dort größte Bestürzung hervorgerufen.

20 Millionen Menschen in China von Hungersnot bedroht

London, 20. November. In Nord- und Zentralchina sind nach Meldungen aus Peking rund 12 Millionen Menschen vom Hungertode bedroht. Die Hungersnot hat aber noch nicht ihren Höhepunkt erreicht, und man rechnet damit, daß ihr wenigstens 20 Millionen Menschen preisgegeben sein werden.

Ausperrung im Breslauer Tiefbau

Breslau, 22. November.

Nachdem vor etwa zehn Tagen eine Gruppe ungelerner Arbeiter, die die Forderung erhoben hatte, in ihren Löhnen den angelernten Arbeitern gleichgestellt zu werden, in den Streik getreten war, hat der Reichsverband industrieller Bauunternehmer im Bezirk Breslau in allen Betrieben sämtliche Beton- und Tiefbau-Arbeiter ausgesperrt. Von der Aussperrung werden 2000 Arbeiter betroffen.

Die Wiederwahl Painlischs gescheitert

Wien, 20. November. Eine Sitzung der sozialdemokratischen Nationalräte und Bundesräte hat die vom Bundeskanzler Dr. Seipel im Nationalrat gestellten Anträge auf Verfassungsänderung und die dadurch ermöglichte Verlängerung der Amtszeit des Bundespräsidenten Dr. Painlisch einstimmig abgelehnt.

Demission des südslawischen Außenministers? U. Berlin, 22. November. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Belgrad ist Außenminister Marinkowitsch ernstlich erkrankt. Seine Wiederherstellung werde voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen. In politischen Kreisen spreche man von der Wahrscheinlichkeit einer Demission Marinkowitschs.

Schweres Unglück bei Weßly. U. Berlin, 22. November. Wie Berliner Blätter melden, ereignete sich am Mittwoch in der Nähe von Weßly auf der Leipziger Chaussee ein Autounfall, das durch die Rücksichtslosigkeit einer noch unbekanntem Automobilisten verursacht wurde, die sich der Feststellung durch die Flucht entzog. Ein aus Leipzig kommender Kraftwagen, der außer von dem Chauffeur mit drei Damen besetzt war, wurde von einem überholenden Wagen angefahren, überschlug sich und begrub die Insassen unter sich. Alle vier Insassen wurden schwer verletzt und fanden im Frankenhäuser Weßly Krankenhaus. Dort ist eine der Verunglückten bereits im Laufe des Abends gestorben. Zur Ermittlung der Automobilistin ist sowohl die Potsdamer wie die Berliner Kriminalpolizei alarmiert worden.

Hermann Sudermann gestorben. U. Berlin, 21. November. Schriftsteller Hermann Sudermann, 71 Jahre alt, ist am Mittwochmorgen, kurz vor 18 Uhr, an den Folgen eines Schlaganfalls verstorben, den er vor sieben Wochen erlitten hatte. Er ließ sich damals nach Berlin überführen, wo er im Franziskaner-Hospital von seinem Hausarzt Klfan behandelt wurde. Vor einigen Tagen trat eine Lungenentzündung hinzu, die den Tod beschleunigte.

Zehn Wohnhäuser und acht Scheunen abgebrannt. U. Stuttgart, 19. November. In Schwaigern im württembergischen Unterland brach ein Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff. Innerhalb zwei Stunden wurden zehn Wohnhäuser und acht Scheunen eingeäschert. 22 Familien sind obdachlos geworden. Der Gebäudeschaden wird auf 80 000 Mark geschätzt. Vieh und Mobiliar konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Man vermutet Brandstiftung.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Vertrieb“ und „Waldenburg“ Wilhelm Bismarck, für „Breslau“, „Weßly“ und die übrigen Beilagen Ulrich Dornas, sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil Theodor Volter, Bismarck. — Für Ostpreußen W. Gerdorf, Breslau.

Die erweiterte Bezirksleitung Schlesiens für die Beschlüsse des 6. Weltkongresses

Breslau, 22. November.

Am gestrigen Wutztag nahm die Bezirksleitung Schlesiens in einer in der Krakowia abgehaltenen Sitzung, die von 9 Uhr vormittags bis in die 7. Abendstunde dauerte, zu den Beschlüssen des 6. Weltkongresses Stellung. Außer den 11-Mitgliedern waren die Unterbezirksleiter, die Delegierten der Reichsparteiarbeiterkonferenz (Genosse Krottsch-Fresburg, siehe entschuldigt) sowie Vertreter der Massenorganisationen, der Redaktion, Geschäftsleitung eingeladen. Als Vertreter des Zentralkomitees der Partei hielt Genosse Werner Hirsch in Berlin ein zweistündiges einseitiges Referat, in dem er sich auf die Analyse der Weltlage, wie sie der 6. Kongress gegeben hatte, auf die Schilderung der wachsenden Kriegsgefahr, die Kennzeichnung der wachsenden Widerstände im Kapitalismus und die Kennzeichnung der Rolle, die der Reformismus in der gegenwärtigen Periode spielt, konzentrierte. Davon ausgehend beleuchtete Genosse Hirsch die vorliegenden Aufgaben, die den kommunistischen Parteien in der gegenwärtigen Periode erwachsen. An das instruktive und gründliche Referat schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in der dem Vertreter der rechten Gruppe, Genossen Reim, verlängerte Redezeit von einer halben Stunde zugewilligt wurde. Außer ihm sprachen als Vertreter dieser Gruppe eine Anzahl anderer Genossen.

Die Genossen der rechten Gruppe hatten also weitgehendste Gelegenheit, ihre Ansichten zu entwickeln. Trotzdem ergab die Abstimmung für sie eine vernichtende Niederlage. Von den 11-Mitgliedern stimmten 12 für die Beschlüsse des 6. Weltkongresses und den Entwurf zu einer von der 11. den Unterbezirkskonferenzen und dem außerordentlichen Bezirksparität vorzulegenden politischen Resolution zum 6. Weltkongress. Von der rechten Gruppe stimmten 3 Bezirksleitungsmitglieder dagegen, während sich 3 der Stimme enthielten. Die Gesamtabstimmung zeigte ebenso wie die Diskussion, daß innerhalb der rechten Gruppe Differenzierungen existieren. Es wurden bei der Gesamtabstimmung 27 Stimmen für die

Beschlüsse des 6. Weltkongresses und den vorgelegten Entwurf abgegeben. Gegen die Resolution und den Entwurf stimmten 3 Genossen, 3 enthielten sich der Abstimmung.

Der Schrei nach der Schupo!

Unter Polizeiterror sollen die Arbeiter in die Betriebe gezwungen werden

Nachdem die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Düsseldorf den schändlichen Verratspakt faktisch abgeschlossen haben, zufen sie jetzt nach der Hilfe der Schupo, weil sie wissen, daß ihr Verrat ungeheure Empörung der Arbeiter auslösen muß. Schon am 20. November schrieb der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften:

„Die Kommunisten arbeiten, insbesondere unter den Unorganisierten, fieberhaft, diese gefährliche Atmosphäre zu verdichten. Schon ist es in Essen in der vergangenen Woche zu den ersten Zusammenstößen zwischen den von den Kommunisten aufgepuschten Ausgesperrten und der Polizei gekommen. Es behaft nur eines Punktes, dann lodert die Flamme auch an anderen Stellen hell auf. Die Polizeiverwaltung von Düsseldorf erkannte das offensichtlich sehr wohl, denn sie ließ die Beratungen des Magistrats über die Aussperrung unter dem Schutz eines verstärkten Ueberfallkommandos und polizeiliche Mordbereitschaft stellte.“

„Noch sind es „nur die Kommunisten“. — Wie lange noch? Wer unter die Oberfläche dieser „vorbildlichen Ruhe“ der Arbeiterschaft zu sehen vermag, erschrickt vor der Verbitterung einer Stimmung, die allmählich alle Ausgesperrten zu erfassen droht. — Noch haben beherren, verantwortliche denkende Führer die Massen hinter sich. — Noch! Wir warnen die Regierung, weiter die Dinge so ihren Lauf nehmen zu lassen.“

Erotik und Spionage in der Etappe Gent von Heinrich Wandt

46 (Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

Dieser gewissenhafte Offizier, dessen einzige kriegerische Heldentat in der in der „Etappe Gent“ einwandfrei nachgewiesenen menschenwürdigen Erziehung eines vierzehnjährigen Bauernknaben zu Kambefe in Westflandern bestand, brachte es sogar fertig, einer anderen Agentin des feindlichen Nachrichtendienstes, die zuerst auf dem Kontur mit Zeitungen handelte, die Erlaubnis zu verschaffen, in der Vorhalle von Flanderns wichtigstem strategischen Bahnhof, der Sint Pieters-Station, einen feindlichen Stand mit Generalkriegsandenken anzumachen, damit sie die ankommenden und abgehenden Truppentransporte noch besser feststellen konnte.

5. Leutnant Hermann Hummel, attachiert zum Wirtschaftsamt der 4. Armee, im Friebein Bauernvolkagent echt bayrischer Herkunft zu Augsburg am Lech, und dort heute noch wohnhaft, mit der in Brüssel wohnhaften Gattin des französischen Offiziers Durban.

6. Leutnant Falkowski vom Beiratsamt der Etappen-Kommandantur Gent, im Friebein Kaufmann in Halle a. S., und dort noch heute wohnhaft, mit der Ehefrau des noch heute mit ihr zusammenlebenden Fischhändlers Legier in der Koenigstrasse zu Gent.

Die Liste dieser trauten Verhältnisse, die königlich preussische Etappenoffiziere mit Epioninnen der Entente unterhielten, kann beliebig verlängert und mit schönen Gelegenheitsphotographien, die freilich nicht immer die Billigung des sittenstrengen Herrn Kälz finden dürften, dokumentiert werden.

Etappeninspektor General der Kavallerie Wolfgang von Unger aus Charlottenburg, ein untadeliger und gerecht denkender Mensch, sprach sich schon im Jahre 1916 in einem Geheimschreiben sehr entschieden darüber aus, daß ein verheirateter hoher Offizier mehrere Monate lang in seinem Quartier mit einem Weibe zusammen hauste, das als eine gefährliche feindliche Epionin von der geheimen deutschen Feldpolizei schon lange vergeblich gesucht wurde.

Und Kriegesgerichtsrat Dr. Hermann Authenrieth, der heutige Stuttgarter Staatsanwalt, sagte noch am 16. Dezember 1921 vor der 8. Strafkammer in Berlin-Moabit unter seinem Eide aus, daß ein deutscher Oberst, der in Korbiz die fetten Pfunde eines kaiserlichen Etappen-Kommandanten belleidete und natürlich gleichfalls schon verheiratet war, eine Engländerin zur Mätresse hatte.

Die Weibewirtschaft und die verbrecherische Fahrlässigkeit vieler preussischer Etappenoffiziere, die sich heute mit ihren statischen „Kleinstverträgen“ bei den vaterländischen Verbänden bildeten, hat die feindliche Spionage in der denkbar besten Weise gefördert und Tausende deutscher Frontsoldaten dem sicheren Untergange ausgeliefert.

Aber kein Kriegesgericht und auch kein Reichsgericht hat diesen Herrschaften jemals wehe getan. Gefängnisse, Zuchthäuser, Schafotte, Galgen, elektrische Stühle und die Todespfähle auf den Sandhäufen sind in allen kapitalistischen Ländern nur für die Kleinen da.

Die Großen läßt man nicht nur gänzlich ungeschoren, sondern man zählt ihnen noch hinterher, wie es in der „freiesten Republik der Welt“ üblich ist, diese Pensionen aus.

Bis an ihr lausliches Ende.

Authentische Dokumente über Offiziers-Orgien

Die deutschnationalen Heimkrieger, die während der großen Zeit des gegenseitigen Massenabschlachtens zu Hause am warmen Ofen oder am feuchten Bierisch das Fell des Bären verteilten und danach, als es anders kam, wie es sich ihre weichen Rücken erträumten, vom Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres zu fabeln anfangen, wollen es bekanntlich nicht wahr haben, daß es königlich preussische Offiziere gab, die sich Hindenburgs frivolen Anspruch: „Der Krieg bekommt mir wie eine Badewanne“ zur Richtschnur nahmen, indem sie, während die besten Söhne des Volkes vorn erschossen, erschoten, erschuld, geblendet, verbrannt, vergiftet, zerquetscht und in Stücke gerissen wurden, hinter der Front ein schamloses Luderleben führten, als ob alle Tage Firmes wäre.

Die folgenden paar authentischen Zeugnisse erbringen an Hand ihrer Daten zugleich den Beweis, daß es sich keinesfalls um eine Erscheinung des langen Stellungskrieges, sondern um eine Tatsache handelt, mit der sich die höchsten militärischen Befehlshaber schon sehr frühzeitig beschäftigen mußten.

„A. D. 22 I. A. S. Du., St. Quentin, 12. 3. 15. II a Nr. 39 pers.“

Das Benehmen einer Anzahl von Offizieren auf den Straßen oder in den Lokalen von St. Quentin hat zu Ausstellungen Veranlassung gegeben.

Es ist es in der letzten Zeit vielfach vorgekommen, daß Offiziere und Beamte von auswärts St. Quentin besuchten, um sich Vergnügungen hinzugeben, die der Würde des Offiziersstandes nicht entsprechen. Wenn Offiziere in öffentlichen Wein- und Bierlokalen sich betrinken, betrunken sich auf der Straße zeigen und in der Behausung von Dirnen Orgien feiern, so muß die Disziplin darunter leiden, und das Ansehen und der gute Ruf des Offiziers wird schwer geschädigt.

Vornehmlich an Sonnabenden und Sonntagen strömen hier eine große Anzahl von Offizieren, besonders solche von Kolonnen und Trains, zusammen, die zu derart unliebsamen Vorkommnissen Veranlassung geben.

Ich bitte die Herren Kommandierenden Generale, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß ein solches unwürdiges Treiben unterbunden wird.

„Gouvernement Brüssel Brüssel, den 29. 10. 15.“

Deutsche Offiziere haben durch ungebührliches Treiben und durch unwürdiges Benehmen mit Frauengimmern in öffentlichen Lokalen und auf den Straßen von Brüssel in letzter Zeit mehrfach Vergerniß erregt.

Es ist verständlich, wenn die aus schweren Kämpfen an der Front und aus kleinen Unterkunftsarten hier einkehrenden Offiziere die Darbietungen der Großstadt genießen wollen. Der Genuß darf aber nicht ausarten.

Ein deutscher Offizier darf in keinem Augenblick vergessen, daß er seiner Ehre und seinem deutschen Namen schuldig ist. Er darf sich nicht der Mißachtung der feindlichen Bevölkerung aussetzen. Die erste Mahnung möge jeder beim Betreten von Brüssel herabdrücken. Sie gilt auch allen Persönlichkeiten des Heeresgeschloßes, die ähnlich wie die Offiziere befehle sind. Die Uniform verpflichtet.

von Sauerzweig, Generalmajor.“ (Fortsetzung folgt.)

Sozialdemokrat ernannt Feldwebel zum Kommandeur der Polizei in Medlenburg

Der sozialdemokratische Minister von Medlenburg-Strelitz, Reibnitz, hat den Hauptmann a. D. Stuber zum kommissarischen Leiter der „republikanischen“ Schutzpolizei ernannt. Neben die politische Einstellung dieses Hauptmanns Stuber erfahren wir: Stuber war lange Leiter der Sportschule in Mirow und ist den dortigen Einwohnern allgemein als rechtsstehend und besonders reaktionär bekannt. Wiederholt ist Stuber an der Spitze seiner Sportschule mit den Leibern „Elegisch woll'n wir Frankreich schlagen“ oder „Haltet aus im Sturmgewand“ durch Mirow gezogen. Die Tätigkeit seiner Sportschule unterrichtet er vornehmlich in Schießen sowie im Ausbliden von Truppen zum Abreißen von Plakaten und Propagandazeitschriften der Arbeiterschaft. Wie man sieht, ist also Stuber der geeignete Mann für die Erziehung der Schupo, damit diese sich ständig in reaktionärer Weise gegen die Arbeiterschaft gebrauchen lässt. Das ausgerechnet der sozialdemokratische Minister Reibnitz diesen Feldwebel zum Leiter der Staatspolizei beruft, liegt nur in der Linie der Koalitions- und Panzerkreuzerpolitik der Herrmann Müller, Weis und Seberling. Diese Politik gebietet, daß man neben dem Reichsbanner auch Stahlhelm und andere faschistische Verbände zum Kampfe gegen die Arbeiterschaft, zur Niederwerfung von Streiks usw. einsetzt.

Mißbilligung des passiven Verhaltens des ADGB.

In einer Funktionärskonferenz des Oppelner Einzelverbandes wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die am Sonntag, dem 10. November 1928, tagende Funktionärskonferenz des Einzelverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Oppeln, spricht den kämpfenden Metallarbeitern des Rhein-Ruhr-Gebietes die vollste Sympathie im Kampfe gegen die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen des Finanz- und Trustkapitals aus. Dieser Klassenkampf zeigt, daß die vereinigten Unternehmerverbände ihre Offensivtätigkeiten zur weiteren Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Der Kampf der Metallarbeiter ist aber nicht allein eine Angelegenheit des Ruhrproletariats, sondern ein erfolgreicher Abschluss liegt im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Darum mißbilligt die Funktionärskonferenz das passive Verhalten des ADGB. zu diesem Kampfe. Da von Seiten des ADGB. und der Spitzen der Gewerkschaften keine Maßnahmen zur Unterstützung dieses Klassenkampfes angeordnet ist, empfiehlt die Funktionärskonferenz allen Eisenbahnerkollegen des Ortsgruppenbereichs Oppeln, als aktive Solidarität für die Ruhrkämpfer auf die von der F.A.D. herausgegebenen Sammellisten Geldbeiträge zu zeichnen.“

Eine Tribüne mit 300 Personen eingeführt. Ul. Berlin, 10. November. Die Berliner Abendblätter melden, ist bei der Feier der Grundsteinlegung des Philantropischen Institutes in Athen am Sonntag eine Tribüne mit 300 Personen eingeführt. Der Erzbischof, der Bürgermeister von Athen und einige Geistliche wurden leicht verletzt. Zahlreiche Zuschauer erlitten schwere Verletzungen.

Ein Auto in eine Schlucht geschleudert. Ul. Paris, 10. November. In der Nähe von Grenoble stürzte ein mit fünf Personen besetztes Auto in eine acht Meter tiefe Schlucht, durch die ein Gebirgsbach fließt. Zwei Insassen ertranken. Die drei anderen konnten gerettet werden.

SPD u. AUSGESPERRTE

WIE SIE ES SICH WÜNSCHT

WIE ES WIRKLICH IST



DIESES BILD BRACHTE DIE SPD-PRESSE - ABER DIE IAH-SAMMLUNG ERGAB TAGL. SPEISUNG VON 27 500

Arbeitersport

Handball

Am „Bühnen“ trafen auf dem Wühlplatz Breslau-Gandau vor dem großen Fußballspiel die Mannschaften Gandau - 5. Abt. I zum fünften Serienpiel zusammen. Beide Mannschaften lieferten sich bis Halbzeit ein ausgeglichenes Spiel, trotzdem gelang es dem Mittelstürmer der 5. Abt. bis Halbzeit zwei Tore zu schießen. Nach Halbzeit war Gandau im Vorteil, doch können sie die vielbeimigte Verteidigung der 5. Abt. nicht überwinden. Ein 13-Meter-Wurf stellte kurz vor Schluss das Resultat auf 2 : 1. In Nachhinein weichte die mit Erlass antretende Poseidon-Mannschaft. Bis Halbzeit gelang es Nachhinein, nur ein Tor zu schießen. Doch nach der Pause machten sich die besseren Stürmerleistungen von Seiten Nachhineins bemerkbar, und so konnten sie noch dreimal erfolgreich sein. Auf der Helmutwiese konnte die 2. Abt. I nach ausgeglichenerem Spiel über die 1. Abt. I knapper Sieger bleiben. - In der B-Klasse konnte die 7. Abt. II gegen 1897 I nur ein Unentschieden erzielen. - In der C-Klasse triumphierten 1925 II und 4. Abt. I über ihre Gegner. - In den unteren Mannschaften verliefen die Spiele so, wie man es erwartet hatte.

Fußball

Kreismannschaft Niederlausitz schlägt Stadtmannschaft Breslau 6 : 2.

Breslauer Handballserien am Sonntag, 25. November.

- Männer-C-Klasse.**
9,40: 2. Abt. — Gandau, Helmutwiese, Müller-Scholz
10,50: 4. Abt. — Poseidon, Lohewiese, Sachmann-Regahl
- Männer-D-Klasse.**
9,40: 4. Abt. — 1028, Lohewiese, Krause-Neumann
10,10: 7. Abt. III — Dt.-Lissa, Eichenpark, Richnod-Rowarre
- Jugend-A-Klasse.**
8,30: 2. Abt. — 1. Abt., Helmutwiese, Müller-Scholz
8,30: 4. Abt. — 6. Abt., Lohewiese, Krause-Neumann
9,00: 7. Abt. — 5. Abt., Eichenpark, Richnod-Rowarre
9,00: Poseidon — Gandau, Stadion, Fabian-Schwarz
- Jugend-B-Klasse.**
9,00: Nordost II. — 9. Abt., Dämig, Schubert-Renschin II.
10,10: Nordost I. — 1897, Dämig, Schubert-Renschin II.
10,10: Poseidon — Dt.-Lissa, Stadion, Fabian-Schwarz
10,50: 8. Abt. — Neutirch, Helmutwiese, Wallenburg P.-Niegel
- Sportlerinnen-B-Klasse.**
10,00: VfS. — 2. Abt., Gandau, Klose-Fischer
10,00: Sil. Rtd. — 3. Abt., Stadion, Kreischer-Strigel
10,00: Einigkeit — Dt.-Lissa, Gr.-Nachhinein, Markus-Droßpeltz
10,00: West — Freiheit, Eichenpark, Reichelt-Schlesinger
- Am Nachmittag ist Spielverbot.

Vereinigte Theater

Lobc-Theater
Von Sonntag, den 10. 11. bis Sonntag, den 25. 11. täglich 20.15 Uhr Oktobertag

Thalia-Theater
Von Sonntag, den 18. 11. bis Sonntag, den 25. 11. täglich 20.15 Uhr Der Prozeß Mary Dugan

Stadt-Theater Breslau

(Opernhaus)
Donnerstag, 19.30 Uhr Abonnement-Vorstellung Serie G 6 **Margarete (Faust)**
Freitag, 20. Uhr Abonnement-Vorstellung Serie H 6 **Madame Butterfly**

Tassilo Klonke

Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 3/9

Kaufhaus Goldnes Zepher

Breslau, Klosterstraße 47
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Wäsche, Strümpfe
Crikotagen — Herren-Artikel

Wolkerei Hermann Walter

Breslau, Gabisstraße 39
Milch - Butter - Eier - Käse

Wäsche Garderobe

Bilder
Strickkostüme

E. Heckerle

Breslau 6
Friedr.-Wilhelm-Str. 78

Geotti Betten

25 und 40 Marktrote Inletts
bestandt
Leibhaus, Oelsner Str. 12

S. Tarszys

Breslau
Freilburgerstr. 20 I.

Brennholz

Schwarten u. Säumlinge
gibt laufend bei Selbstabholung billig ab

Dampfsägewerk Breslau 10, Verläng. Niedergasse

So klein
dieses Ausnahme-Angebot ist

So groß
sind die Preisvorteile

BERUFSKLEIDUNG

Windjacke aus gutem
Imprägnierten Zeit-
bahnstoff, moderne
Form 6⁹⁰

Berufsmantel
Nessel, naturfarbig,
gute Qualität 5⁵⁰

Schutzmantel
Öber, weiß, dauer-
hafte Qualität 6⁹⁰

Monteuranzug 6⁵⁰
blau, prima Dreil .

Rudolf Petersdorff
BRESLAU - OHLAUSTRASSE - SOHL 2000

Direkt aus der Fabrik

unser berühmter alter
Breslauer 35°, p. Ltr. M. 2.10
Weinbrandverschchnitt 2.80
la 38° per Liter . M.
Samalco-Rum-Verschchnitt 2.80
38° per Liter . M.
Blutroter Südwein 1.25
kräftig u. süß, per Ltr. M.
Sämtliche Liköre und Weine zu
unübertroffenen Preisen

Herzberg & Co.

Süßenstraße 48, Blücherplatz 17/18,
Michaelstraße 3, Klosterstraße 64,
Leuthenstraße 10, Selenkestraße 17

Gustav-Freytag-Str. 27

bei

Theod. Böhm

kauft man

Nasen Gänse auch halbe

Wilde Kanindien

Eier und Landbutter

billig und gut

Elektrische

Beleuchtungskörper, Heiz-
und Koch-Apparate
Installations-Materialien
Licht- u. Kraft-Anlagen

Radio

Elektro - Montage - Ges.

von Dr. H.

Görlitz, Berliner Straße 60

Telephon 145

Dstar Dietrich, Schmiedeberg

Niederleim Nachfolger

Futtermittel, Kolonialwaren

Schokoladen-

u. Zuckerwaren-Vertrieb

„Monopol“

Striegau :: Wilhelmstr.

Inhaber: L. Fröhlich

Arbeiter, Angestellte und Beamte

Sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-
kongresses, der Genossenschaftstage, des Allgem. freien
Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamten-
bundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

„Volksfürsorge“

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche

Versicherungsaktiengesellschaft

Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos
die Rechnungsstellen in Breslau, Waagarschenstr. 17,
Diequig, Bismarckstr. 4 (Volkshaus) Waldenburg,
Sandstr. 1 Gleiwitz, Postamtstraße 11, Herr Johann
Wroch, Oppeln, Zimmerstraße 6, oder der Vorstand
der Volksfürsorge in Hamburg 5, Am der Witter 58/59

Möbel

Küchen, komplett, 7-tellig
Schränke, polleri, 2-türig
Ausziehische, vollere Stühle
Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflage-
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel

Blener & Dührig

Süde und Möbel / en detail, en gros
Prachtstr. 107 u. Weinbergsweg 18/20

Pfänder-Ruktion

Donnerstag
den 22. Nov. d. J.
Verlängerung
nur bis
zum 20. Nov. 1928

Leihhaus

Grundmann
Trebitzer Str. 21

Genossen! Berücksichtigt unsere Inserenten!

Sagan

Ernst Ramtke Schuhwaren Replerstr. 55
Artur Bürger Gemüse, Kolonial- und Tabakwaren
S. Scapin, Replerstraße 10
Schokoladenhaus Fr. Berliner, Replerstraße 60
Wasche - Bettledern
Gustav Lehmann, Sorauer Straße 15
Em. Melmsch, Sorauer Straße 24
Derm. Benfert, Ludwigplatz Str. 21
Otto Schulz Sorauer Straße 29
THIELE & KALBITZ Sorauer Straße 19
Zur goldenen 34 A. GANTZ
Damenputz Maria Gurad

Brot-, Weib- und Feinbäcker Paul Bürger, Dorosteenstraße 5
Adolf Sello Goldschmied
MAX APELT / Zigarrenhaus
E. & J. Cron Damenkonfektion
Alfred Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz 1
ELSE HOFFMANN
Die Saganer Central-Molkerei
Sankt-Isidor
Fahrräder Nähmaschinen
ROBERT RICHTER
Brand & Klaus
A. Michaels, Ring 33 Wäschehaus

Grünberg

P. Franke
Golegnhohlkäufe
S. Gebhardt, Ring 9
Automobil-Fahrschule
Köstritzer Schwarzdier
Paul Mohr, Liebertorstraße 10
Gardinenhaus H. Sander
Kaufhaus Kornstein
Rittelmann & Rubeel
Gisela Kretschmer
Kunella Gold
Kunella-Bons
W. Grau
Biergroßhandlung Vinzenz Jansch

Gotthold Gabler, Glasorstr. 5
Billigste Bezugsquelle von Lebensmitteln
Fleisch- und Wurstwaren
Trinkt die wohlgeschmacktesten
Grünberger Bergschloß-Biere
Manufaktur-, Weib- und Wollwaren
August Gürnth
Karl V. Wiers
Möbel
Joseph Franz, jr.
Damenkonfektion Aussteuerwaren

Trinkt ein heimisches Bier der Brauerei Bergschloßchen A.-G.

Haynau
Marie Winter, Friedrichstraße 12
Theodor Pring, Ring 30
Max Grubel, Stadstraße 8
Otto Biercorel
Gebr. Jammer, Liegnitzer Straße 34
MAX SCHREIBER
Hermann Stiller

Hirschberg
Fahrräder - Motorräder
Otto Scholz, Fleisch- u. Wurstwaren
H. Bruchmann, Greiffenberger Str. 11
Fleischerei und Wurstfabrik
Kaufhaus Dittrich
OTTO SPÜTH & SOHN
Herrmann Hirschfeld

Goldberg
Herren- und Knabenbekleidung
Paul Förster
Alfred Richter, Feinweberei
Referiert 100
ZIGARENHAUS
August Sabus, Liebertor 5
Spezial-Hut-Haus

B. L. Pariser's Wwe.
Bekleidungshaus
H. Hamann / Markt 41
A. STROKOSCH / MARKT
Graf Wolf, Mühlgrabenstraße 23

Bunzlau
H. Grundmann, Gubenberger Str. 52
See Opatowitz, Nikolaistraße 9
Fahrradhaus Hoffmann

Hirschberg-Connersdorf
Erich Schröter
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
Neusalz
M. Zuckermann, Markt 2

Neusalz
Max Walter, Berliner Straße 33
H. Stephan, Frenschbäcker Straße 15
Arbeiterbekleidung
Friedel & Grote
Lebrecht Hilgner
Möbelschleierei - Sargmagazin
EMIL WIESNER
ALBERT KUNKE

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Straße 14
Schuhwaren, Haus- u. Küchen-Geräte, Arbeiter-Bekleidung

Liegnitz
Frost-, Weib- und Feinbäcker
Eugen Rieck, Mühlgrabenstraße 36
Berliner Fahrradhaus
Schreiber, Sprechmaschinen
Mag. Röhre, Schloßstraße 20
G. Hansen Nachfolger
Emma Wägle, Wilhelmstraße 13
Paul Groß, Breslauer Str. 1

Max Jordan
Friedrichstraße 30
HENRICH HEIZNER
Adolf Lehmann
Paul Wille, Berliner Straße 37
H. Gentschel, Markt

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung
Gustav Blümel, Breslauer Straße 88
Uhren und Goldwaren
Wag. Rother, Breslauer Straße 33
CARL KRÜGER
Max Süßmann
Fahrräder / Nähmaschinen

Sprotau
Berkehrshof „Zur Altkönigin“
Breslauer Konfektionshaus
FAHRRADHAUS
Kolonialwaren u. Lebensmittel
Billig und gut
Adolf Schindler, Markt 36

Glogau
Birkenwaren aller Art
Bigarren u. Zigaretten u. Tabak
Friseur W. Welzel
Walter und Fahrraderei
Brot- und Feinbäcker
Wissa-Fahrräder - Nähmaschinen
Preiswerte Tabakwaren
Liegnitz
Max Futter, Ring 9/10

Hugenberg für Hindenburgdiktatur und Stahlhelm-Volksbegehren

Herr Hugenberg hielt am Sonntag anlässlich einer deutsch-nationalen Kundgebung in Regensburg eine Rede über „die zukünftige Politik der Deutschnationalen Volkspartei“, in der er sich zur „Stärkung der Macht des Reichspräsidenten“, d. h. zur unumschränkten Hindenburg-Diktatur im Interesse der verschärften Ausbeutung und zum Stahlhelmsvolksbegehren bekannte.

Nach dem Bericht der „Schlesischen Zeitung“ erklärte Hugenberg: Der Staat ist aufgebaut auf einer Sorte von Parlamentarismus, so entartet, wie sonst nirgend auf der Welt. Die Deutschnationalen befinden sich diesen Zuständen gegenüber in einem inneren Gegensatz. Sie verdammen den Parlamentarismus, sie sind aber durch die Verhältnisse gezwungen, in seinem Rahmen mitzuarbeiten.

Wo in den letzten Jahren ein Wort der Mißbilligung gegen die Deutschnationalen Volkspartei erhoben worden ist, ist es aus dieser inneren Zwangslage entsprungen. Schon im vorigen Dezember hat sich die Partei mit dem Kern dieser Frage befaßt, den Vertrauens- und Mißtrauensvoten. Es werden Regierungen gebildet durch

wechselnde Koalitionen. Dann gibt es stets eine Krise, und dann behauptet man, das sei die Führung durch das Volk selbst. Das Volk weiß aber gar nicht, was wechselnde Koalitionen aus seiner Stimmabgabe machen.

Der einzige Weg, der uns hier herausführen kann: Die Macht des Reichspräsidenten muß gestärkt werden. Hier soll das Volksbegehren des Stahlhelms gegen Artikel 54 der Weimarer Verfassung helfen. Ich hoffe, daß bei diesem Kampf um enge Waffenbrüderschaft verbunden wird. Ich hoffe, was Graf Westarp schon angekündigt hat, daß die Deutschnationalen mit dem Stahlhelm Schulter an Schulter marschieren können, um die Macht des Parlaments einzuschränken und die Stellung des Reichspräsidenten zu stärken.

Wir hoben bereits in unserer Freitagnummer hervor, daß das Stahlhelmsvolksbegehren auf Unternehmerrückbildung erfolgt. Die Rede Hugenbergs bestätigt aufs neue, daß die Idee des „Volksbegehrens“ nicht in dem schwachen Kopfe des Völkerverführers und Stahlhelmsführers Selbte, sondern in den Büros der Großindustrie entstanden ist.

Kampf der Partei gegen die rechten Abweichungen. (Beschluss des 6. Weltkongresses.)

Die Gruppe Brandler, Thalheimer, Walcher, Fröhlich, Hausen, Tittel, Enderle, Schreiner usw. zeigt durch ihr Auftreten in der jüngsten Vergangenheit, daß sie eine Gruppe von Liquidatoren ist, die sich das Ziel gesetzt hat, nicht nur die Beschlüsse des 6. Weltkongresses, sondern auch die kommunistische Internationale zu liquidieren. In der Situation der verschärften Internationale zur Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion ist das Auftreten der Liquidatorengruppe eine offene Hilfe für die Feinde der Arbeiterklasse und ihres sozialistischen Vaterlandes, die Sowjetunion.

Gegenüber diesem von den Rechten in der eigenen Partei geführten Vorstoß gilt es, unter Zugrundelegung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses, den entschiedenen Kampf zu führen und die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Partei durch Säuberung von allen opportunistischen Elementen herzustellen. Mit derselben Entschlossenheit muß der Kampf gegen die von Emert, Gerhardt und Eberlein geführte Versöhnlergruppe gelämpft werden, die hinter ihrer formalen Zustimmung zu den Beschlüssen des 6. Weltkongresses die Fortsetzung ihres Kampfes gegen die Partei verbirgt. In der Frage der Einschätzung der kapitalistischen Stabilisierung sowie der Ueber- schätzung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Massen bei gleichzeitiger Unterschätzung der Radikalisierung der Arbeiter, bildet die Versöhnlergruppe mit der Liquidatorengruppe um Brandler und Thalheimer einen ideologischen Block. Der Kampf der Versöhnlergruppe gegen den vom Essener Parteitag festgelegten und vom 6. Weltkongress bestätigten innerparteilichen Kurs, der die organisatorische Bekämpfung der opportunistischen Elemente, die Entfernung der Träger der rechten Gefahren von allen verantwortlichen Parteifunktionen bedeutet, ist der Versuch, unter formaler Zustimmung zu den Beschlüssen, die durch diese Beschlüsse festgelegte politische Linie der Partei zu ändern.

Die Partei billigt daher alle bisher getroffenen Maßnahmen des ZK. der SPD. in der Durchführung des innerparteilichen Kurses, die Entfernung aller Liquidatoren und opportunistischen Elemente aus führenden Parteifunktionen. Als Garantien zur bedingungslosen Durchführung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses und des 4. KPD-Kongresses erachtet die Parteiarbeiterkonferenz es für notwendig, daß alle leitenden Organe der Partei aus Genossen zusammengesetzt werden, die bedingungslos auf dem Boden der Beschlüsse des 6. Weltkongresses, der Exekutive und des ZK. der SPD. stehen.

Für die Beschlüsse des 6. Weltkongresses gegen die Versöhnler und Liquidatoren

Die Parteiarbeiter des Bezirks Oberschlesien stimmten nach Entgegennahme des Berichts vom 6. Weltkongress und anschließender breiter Diskussion gegen eine Stimme der nachstehenden Entschlie- gung zu:

I. Die Parteiarbeiterkonferenz der SPD., Bezirk Oberschlesien, stellt sich einmütig hinter die Beschlüsse des 6. Weltkongresses. Die Parteiarbeiter verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse des Kongresses sowie die hierzu vorliegenden Beschlüsse des Zentral- komitees der SPD. und der Reichsparteiarbeiterkonferenz Allgemein- gut jedes Parteimitgliedes werden.

Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit des 6. Weltkongresses sind folgende:

Das Programm der kommunistischen Internationalen wurde nach eingehender Diskussion einstimmig angenommen. Zum erstenmal in der Geschichte des Kampfes der unter- drückten Klassen ist für die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt ein einheitliches, für alle Länder bestimmtes Kampfsprogramm aus- gearbeitet worden, das für die kommunistischen Parteien eine An- leitung zum Handeln ist.

Gestützt auf eine sorgfältige Analyse der gegenwärtigen inter- nationalen Lage wurde die politische Marschlinie der Komintern und ihrer einzelnen Sektionen festgelegt, und der revolutionäre Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr sowie der unversöhnliche Kampf gegen den Reformismus und gegen alle opportunistischen Abweichungen in den kommunistischen Parteien als die wichtigsten Aufgaben gestellt.

Die Aufgaben der kommunistischen Internationalen und ihrer Sektionen sind in den Thesen zur politischen Lage genau umrissen worden. Die gegenwärtige Periode wird gekennzeichnet durch die Verschärfung aller inneren und äußeren Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems, zu dem das sozialistische System, das in der Sowjetunion aufgebaut wird, in schroffstem Gegensatz steht. Die gegenwärtige Situation steht im Zeichen der akuten Kriegsgefahr der Vorbereitung des imperialistischen Interventionskrieges gegen die Sowjetunion und heranreisender revolutionärer Massenkämpfe des Proletariats.

Die Aufgaben der Kommunisten in den revolutionären Be- wegungen der Kolonien wurden von dem Kongress festgelegt. Der Kongress gab eine klare Analyse der Rolle des Imperialismus in den Kolonien und verurteilte auf das Schärfste die opportunistischen Theorien der „Industrialisierung“ und „Entkolonisierung“, das heißt der friedlichen Abschüttelung des imperialistischen Jochs der Kolonien.

Der Kongress zog die Bilanz der elfjährigen Arbeit des Proletariats der Sowjetunion und der kommunistischen Partei der Sowjet- union, stellte die Ergebnisse der proletarischen Diktatur fest und zog die Hauptlinie des weiteren Aufbaues des Sozialismus. Der Kongress stellte mit besonderer Befriedigung fest, daß die KPEU. nach Ueber- windung der sozialdemokratischen Abweichungen des Trozismus in ihren Reihen und nach Ueberwindung einer Reihe von objektiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Rekonstruktionsperiode ernste Erfolge im sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion erzielt hat und direkt zur sozialistischen Umgestaltung der bäuerlichen Wirtschaft über- gegangen ist. (Thesen des Kongresses.)

Die Tatsache, daß alle Beschlüsse des Kongresses von allen Dele- gierten der auf dem Kongresse vertretenen 88 kommunistischen Parteien einstimmig angenommen wurden, beweist die Einheitlichkeit der Kom- intern und zeugt von dem Wachstum klaren bolschewistischen Handelns und Denkens sämtlicher Parteien.

II. Die sich aufziehenden Widersprüche des kapitalistischen Systems, die akute Kriegsgefahr und die an Ausdehnung zunehmenden Kämpfe der Arbeiter sind sprechende Beweise dafür, daß die relative Stabili- sierung des Kapitalismus nicht, wie es die Opportunisten in unseren eigenen Reihen vielfach behaupten, fester, sondern fauler und schwächer wird. Der Imperialismus treibt einer neuen Periode kriegerischer Katastrophen und revolutionärer Aufstände entgegen. Diese Entwicklung findet in Deutschland ihren konkreten Ausdruck. Deutschland ist ein Musterbeispiel für die Teilerfolge der kapitalistischen Stabilisierung, aber gleichzeitig auch ein Beispiel für die unüberwindlichen Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems. Die gegen-

wärtige Situation in Deutschland steht im Zeichen gewaltiger Wirt- schaftskämpfe. Die Kämpfe der Hamburger Werft- und Gasenarbeiter, der Waldburger Bergarbeiter, die Konflikte in der Textilindustrie sowie der gewaltige Kampf der Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet zeigen die Verschärfung des Klassenkampfes, die zunehmende Radikalisierung der Arbeitermassen. Die Ausspernungsoffensive der Unternehmer ist nicht nur mit den außenpolitischen Zielen der deutschen Bourgeoisie und deren imperialistischer Politik einverstanden, sie ist vielmehr der Wegbereiter dieser Politik. Die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus unterstützen sie in einer verstärkten Hege gegen die Sowjetunion, das sozialistische Vaterland aller Werktätigen, mit dem verschärften Kampf gegen die kommunistische Partei, die einzige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, und mit dem offenen Ein- treten für die Aufrüstungen (siehe Bau des Panzerkreuzers und Wehr- programm) des deutschen Imperialismus.

Die Gewerkschaftsbürokratie und die Spitzen der SPD. sind voll- kommen mit den Organen des kapitalistischen Staates und der Trutz- koalition verhasst. Die bedingungslose Verteidigung des kapita- listischen Staates, und des kapitalistischen Systems überhaupt, bringt die SPD. in immer schärferen Widerspruch zu der Arbeiterklasse und muß zur Erschütterung der Basis des Reformismus im Lager der Arbeiterklasse führen.

Die linken sozialdemokratischen Führer versuchen durch eine radikale Phrasologie das Sinken des reformistischen Einflusses und ein Umanövern der Arbeiter in das Lager des Kommunismus zu verhindern. Sie sind deshalb der gefährlichste Feind in der Arbeiter- klasse, den die kommunistische Partei schlagen muß, wenn sie ihre revolutionäre Aufgabe, die Gewinnung der Arbeiter für die Re- volution, zum Kampf gegen den Imperialismus lösen will.

Auf die Rechtsabweichung der reformistischen Führer, dieser von dem Imperialismus bestochenen dünnen Schicht in der Arbeiterklasse hat der 6. Weltkongress der Komintern die Parole des verschärften Kampfes gegen den Reformismus herausgegeben und den Parteien zur Pflicht gemacht, das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Los- lösung der Arbeitermassen von den reformistischen Führern durch die Einheitsfront von unten als eine wirkliche Einheitsfront des Kampfes gegen Imperialismus und Reformismus, zu legen. Dabei hat der 6. Weltkongress in seinen Beschlüssen betont, daß die kommunistischen Parteien ihre Aufgabe nur lösen können, indem sie die Kämpfe der Arbeitermassen, die sich gegen die Koalitionspolitik, gegen den reformistischen Schwundel der Wirtschaftsdemokratie und gegen die Knebelung der Arbeiter durch das Schlichtungswesen richten, organi- sieren und führen.

Indem die SPD. die Kämpfe der Arbeitermassen gegen die von den Reformisten gedrehte Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen der Trutzbourgeoisie organisiert und leitet, gibt sie den Arbeitern die Möglichkeit, sich durch eigene Erfahrung davon zu über- zeugen, daß der Imperialismus nur geschlagen werden kann, wenn der Reformismus und die Sozialdemokratische Partei, als der Träger des Reformismus, vernichtet wird.

III. Die Parteiarbeiter begrüßen es daher, daß der 6. Weltkongress die Lösung der Verschärfung des Kampfes gegen den Reformismus ausgegeben hat. Dieser verschärfte Kampf macht auch eine schärfere Bekämpfung der in den eigenen Reihen der kommunistischen Partei auftretenden opportunistischen Strömungen und Abweichungen not- wendig. Die Tatsache, daß der kommunistischen Partei Deutsch- lands — die eine der besten Abteilungen der internationalen proletari- schen Armee ist — die bestorganisierte Sozialdemokratie gegen- übersteht, die noch außerordentlich starke Wurzeln im Lande hat, und wodurch ein günstiger Boden für rechte Abweichungen in der Kom- munistischen Partei selbst geschaffen ist, erfordert den konsequenten

Vor dem Bezirk Oberschlesien stehen, unter Zugrundelegung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses, folgende Aufgaben:

- a) In der Erkenntnis, daß Oberschlesien im kommenden Kampf der Imperialisten gegen die Sowjetunion eine wichtige Rolle spielen wird, Mobilisierung der Arbeitermassen gegen die Kriegsgefahr;
- b) Die Vorbereitung und Organisierung der Kämpfe der Berg- arbeiter, Metallarbeiter, Eisenbahner und Landarbeiter um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen;
- c) Verschärfter Kampf gegen den Reformismus; entschiedener Kurs der Kommunisten auf die Arbeit in den freien Gewerkschaften. Die Organisierung der Arbeiter in den freien Gewerkschaften, die Mobilisierung und Organisierung der Arbeiter zum Kampfe gegen den reformistischen Spaltungskurs;
- d) Kampf gegen den Einfluß des Zentrums als einer Partei des Trutzkapitals, deren Aufgabe es ist, die Arbeiter unter der Fuchtel des katholischen Klerus zu halten und das Einschwenken der Chris- tlichen Arbeiter in die Front des Klassenkampfes zu verhindern. Die christlichen Gewerkschaften spielen dabei keine andere Rolle als die: die Kämpfe der Arbeiter um bessere Existenzbedingungen zu eskidieren, die Arbeiter vom Klassenkampf abzuhalten und an Stelle der Lehre vom Klassenkampf die Lehre von der „Harmonie der Klassen“ oder Gleichheit der Interessen der Arbeiter und Kapitalisten zu setzen;
- e) Stärkung der Partei und des Roten Frontkämpferbundes durch die Gewinnung neuer Mitglieder, insbesondere des besten Teiles der Arbeiterklasse in den Betrieben, der schon heute die Kommu- nistische Partei in ihrer Arbeit unterstützt;
- f) Systematische Schulungsarbeit der Parteimitglieder zur Er- langung der größten prinzipiellen Klarheit im Kampfe gegen alle Feinde der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, der SPD.

SPD.-Fraktionsarbeit bei den Freidenkern

Unser Magdeburger Bruderblatt ist in der Lage, folgendes sozial- demokratische Rundschreiben zu veröffentlichen: Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung Ortsgruppe Bernburg.

An die Mitglieder! Werte Genossen und Genossinnen! Am 14. November 20 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei statt, in der Genosse Hauer-Magdeburg über „Kultur- und Schul- fragen“ sprechen wird.

Dieses Thema geht besonders den Freidenker an. Wir er- suchen die Mitglieder, diese Versammlung zu besuchen. Mit Freidenkergruß!

Der Vorstand. Dieses Schreiben ist vom Vorstand der Bernburger Freidenker- organisation an sämtliche Mitglieder auf Verbandskosten versandt worden. Der Vorstand hat sich also gewissermaßen als Fraktions- leitung der SPD. offen konstituiert. Wahrscheinlich sollen die pro- letarischen Freidenker aus dem Munde des SPD.-Redners erfahren, aus welchen Gründen die preußische Koalitionsregierung das Kon-ordat mit dem päpstlichen Stuhl vorbereitet.

Während so die SPD. rücksichtslos ihre sozialdemokratische Fraktionsarbeit durchführt, um die proletarische Freidenker-Organ- ization in den Dienst der Koalitionspolitik mit dem Zentrum zu stellen, soll es oppositionellen Freidenkern nach wie vor verwehrt bleiben, ihre Auffassung im Rahmen der Organisation zu äußern. So hat neuerdings Eiewers ein Ausschlußverfahren gegen den oppositionellen Genossen Artur Schubog in Magdeburg eröffnet, ohne ihm auch nur die Gründe für die Einleitung des Verfahrens mitzuteilen.

25,000 Mark in bar

DEN HALPAUS-RAUCHERN

für neue Cigaretten-Namen

Verlangen Sie im Tabakwarengeschäft den Halpaus-Tausender!



Unterbezirk-Delegiertenkonferenzen am Sonntag, 25. November:

Breslau und Ohlau in den „Hubertusfäden“, Breslau, Friedrich-Wilhelm-Str. 32; Beginn 9 Uhr. (Eintritt nur gegen Delegiertenausweis der Ortsgruppe bzw. des Stadtteils oder mit Gastkarte. Letztere werden in beschränktem Umfang den Stadtteilleitungen zur Verfügung gestellt werden.)

SPD-Stadtverordneter Meise soll ausgeschlossen werden

Die Vorgänge in der sozialdemokratischen Vertreterversammlung

Breslau, 22. November.

Dienstagabend fand im Zentralballsaal die Vertreterversammlung der sozialdemokratischen Partei Groß-Breslau statt. In ihr kamen einige recht interessante Einzelheiten zur Sprache, die ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Zustände in der hiesigen SPD werfen.

Leumdenur ruhig, etwas fließt schon hängen.“ (1) Diese Worte riefen Schramm auf den Plan, der erklärte, Meise sei gerade derjenige, der eine solche Methode verfolge, denn er habe erst vor kurzem in einem einzigen Distrikt nicht weniger als drei Ausschlußanträge (1) gestellt. Schließlich mißfiel ihm auch noch die Erklärung in den Reden, die unter Vorhalten eines Briefes Meise

Als erstes fand die Nominierung eines Kandidaten für den durch den Tod Neulirchs freigewordenen Posten eines besoldeten Stadtrats zur Debatte. Eifrigster Kandidate ist hierfür Herr Kuffert, dem vor der Wahl

Es muß ein schlimmer Sumpf sein. Einige Genossen sprachen von Annahme von Unternehmerrgeldern, andere von einer Verquickung der Person Meises mit Unterstellungen

Die vorstehend geschilderten Vorgänge beweisen, welche bodenlose Scheinheiligkeit in den Angriffen der „Volksmacht“ gegen die SPD. kimmert, erst einmal den Saustall in der Breslauer SPD-Organisation zu säubern, in dem Korruptionsfälle an der Tagesordnung sind. Herr Meise war einer der wütendsten Kommunisten. Er ist es auch heute noch, denn er ist merkwürdigerweise (wie das in der SPD. beim letzten Verbandstreffen nicht ausgefordert worden, bis zur Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe seine Ämter niederzulegen. Wir zweifeln nicht daran, daß Versuche gemacht werden, Meise reinzuwaschen. Schon aus diesem Grunde werden wir uns des Falles um so lieber annehmen. Vielleicht aber fragen die sozialdemokratischen Arbeiter einmal ihr Blatt, die „Volksmacht“, warum sie in diesen Dingen so schweigsam ist!?

von seinen eigenen Genossen das Vertrauen entzogen worden ist. Das hat jedoch die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion nicht gehindert, sich für denselben Herrn als Stadtrat auszusprechen, während sich der erweiterte Parteivorstand für Schramm entschied.

Endgültige Klärung sollte die Vertreterversammlung bringen. Schramm errang in ihr gegen Kuffert eine Mehrheit von 11 Stimmen. Es ist noch sehr fraglich, ob die Stadtverordnetenfraktion jetzt Schramm vorschlagen wird, da sie auch weiterhin an „ihrem“ Kandidaten Kuffert festhalten will.

War es bei der Stadtratsfrage noch einigermaßen ruhig zugegangen, so wurde es sehr stürmisch, als die Stadtverordneten Kneiff und Kirstein einen Antrag auf

Ausschluß des Stadtverordneten und Gewerkschaftssekretärs Meise

stellten. Sie warfen ihm nicht weniger als ehrenrührige Handlungen und größtenteils Parteischädigung vor. Meise war darauf ganz wilde und verglich die Antragsteller mit der „Schlesischen Zeitung“. (1) Sowohl dieses Blatt wie auch die Stadtverordneten Kneiff und Kirstein handeln nach der Methode: „Ber-

Gewaltige Erwerbslosen-Rundgebung

Parallel-Versammlung notwendig — Forderung auf eine Wirtschaftsbeihilfe

Für den Dienstag hatte der Landes-Erwerbslosen-Ausschuh die Breslauer Erwerbslosen zu einer Versammlung aufgerufen, um sie mit den in der letzten Zeit neu erlassenen Verordnungen zur Arbeitslosen-Versicherung vertraut zu machen, und um ihre Forderungen entgegenzunehmen. Als Referent für diese Versammlung war Reichstagsabgeordneter Genosse Jadasch vom Reichs-Erwerbslosen-Ausschuh gewonnen worden. Die ungeheure Notlage, in der sich die Breslauer Erwerbslosen befinden, zeigte deutlich der Massenbesuch dieser Versammlung. Lange vor Beginn waren Saal und Galerien des Zentralballsaales überfüllt. Da noch Hunderte von Erwerbslosen Einlaß begehrten, wurde im Hofe noch eine Parallelversammlung abgehalten, der gegen 500 Erwerbslose beiwohnten, und in der Stadtverordneter Genosse Jhilla das Referat hielt.

ein beträchtliches gesunken ist und daß rund 50 Prozent aller Unterstätigten mit niedrigeren Unterstützungsfähigkeiten wie in der alten Erwerbslosenfürsorge abgesetzt werden. Auch die vollkommen unzulänglichen Verordnungen zur Reiseunterstützung, die von dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wiffell erlassen worden sind, sind nicht imstande, das Elend der Arbeitslosen zu mindern. Die heute versammelten Breslauer Erwerbslosen stellen daher an den Reichstag folgende Forderungen:

Im Saale hatte inzwischen Genosse Jadasch das Wort ergriffen, dessen Ausführungen den lebhaftesten Beifall der Versammelten fanden. Er ging auf die wirtschaftlichen Nöte der Erwerbslosen ein und wies den Weg, den die Arbeitslosen zu gehen haben, um sich daraus zu befreien. In der Diskussion wurde durch Genossen Jhilla auf die Notwendigkeit der Forderung auf Ausschaltung einer Wirtschaftsbeihilfe hingewiesen und gleichzeitig mitgeteilt, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion alles tun werde, um der gerechten Forderung der Erwerbslosen zum Erfolge zu verhelfen. Notwendig dazu aber sei, daß die Erwerbslosen sich auch weiter so aktiv zeigen, wie bis zum heutigen Tage.

- Zahlung der Arbeitslosenunterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Wegfall der Strengezeit. Streichung der untersten fünf Lohnklassen, Einführung eines einheitlichen Familienzuschlages. Solange die erste Forderung noch nicht bewilligt ist, Zulassung der Reiseunterstützung für sämtliche Berufsunterstützung der Bedürftigkeitsprüfung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Aufstellung und Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms. Zahlung einer Reichsbeihilfe an sämtliche Erwerbslosen.

Da das Versammlungslokal bereits um 18 Uhr wegen einer anderen Veranstaltung geräumt werden mußte, konnte einer Anzahl von Diskussionsrednern nicht mehr das Wort erteilt werden. Nachstehende Anträge wurden einstimmig angenommen. Einige weitere eingegangene Anträge bedürfen zum größten Teil mit den veröffentlichten.

Die Notlage der Breslauer Erwerbslosen ist ständig im Steigen begriffen. Den stets unverändert bleibenden Unterstützungsfähigkeiten steht ein langsam wachsende Feuerung gegenüber. Insbesondere aber erfordert der Winter erhöhte Ausgaben insbesondere für Feuerung und warme Bekleidung. Die Erwerbslosen aber sind nicht imstande, von ihrer karglichen Unterstützung diese erhöhten Ausgaben zu bestreiten. Sie fordern daher: Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe noch vor den Feiertagen, und zwar in folgender Höhe: 30 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger, 20 Mark für die Ehefrau, 10 Mark für jedes Kind. Ferner Lieferung von Kohlen- und Lebensmittelmarken im Winterhalbjahr, und zwar rückwirkend ab 1. November.

Resolution

Die Lage der Erwerbslosen hat sich trotz des so gepriesenen Arbeitslosen-Versicherungs-Gesetzes nicht verbessert, vielmehr sind bei dem größten Teil der Erwerbslosen ziemlich Verfallerscheinungen eingetreten. Die verlängerte Partzeit, die Begrenzung der Bezugsdauer auf 26 Wochen, die vollkommen unsoziale Lohnklassenstaffelung, die Erhöhung der Anwartschaftszeit auf 28 Wochen u. a. m. haben es mit sich gebracht, daß die Zahl der unterstützten Arbeitslosen um

Mittelschlesien

Ohlau. Zur „Not der Landwirtschaft“ folgende wahre Geschichte: Der „Herr“ Freudenberg ist Verwaltungsinpektor auf dem Gute Kleinöls. Dort befinden sich zwei Kartoffelacker von zusammen 140 Morgen. Vor reichlich drei Wochen waren besagte Felder abgeerntet. Nun wurden beide Felder weber kultiviert noch geeggt, so daß keine Nachlese erfolgte. Jetzt pflügt der „Herr“ alles unter. Auf bössliche Witten armer Leute zwecks Stopfeln von Kartoffeln hatte er nur die schroffe Antwort: „Ich lasse mir den Acker nicht zerretzen.“ Nach allgemeiner Schätzung sind pro Morgen acht Zentner Kartoffeln liegen geblieben und infolgedessen jetzt vernichtet. Wenn demnach auf einem Gute mehr wie 1000 Zentner Kartoffeln verschmerzt werden können, so muß doch die Landwirtschaft mehr Geld einbringen, wie das die Krautfurter weismachen wollen.

Note Jungfront

- Breslau — Liedabend, Donnerstag 20 Uhr „Stadt Ranslau“, Matthäusstraße, Diskussionsabend über das Leben der Jungarbeiter in der Gewerkschaft. Gäste willkommen! Girschberg, Donnerstag 19 Uhr Funktionärstreffen bei Kamerad Seemann.

Wieg. Tod infolge Sturzes. Der 72jährige Hausbesitzer Ernst Hartmann stürzte vor einigen Tagen auf dem Boden seines Hauses von einer Leiter und zog sich schwere Verletzungen am Bein zu. Bei der Amputation des Beines ist er gestorben.

Jung-Spartakus-Bund

- Breslau — Nord, Donnerstag 17 Uhr Heimabend „Stadt Ranslau“, Diskussionsabend über das Leben der Jungarbeiter in der Gewerkschaft. Gäste willkommen! Girschberg, Donnerstag 19 Uhr Funktionärstreffen bei Kamerad Seemann.

Neumarkt. Todesfahrt mit dem Motorrad. Die Söhne des Stellenbesizers Rübiger aus Gntesgau fuhren mit ihrem Motorrad in ein Fuhrwerk des Dominikus Bresla hinein. Bei dem Sturz erlitt der eine der beiden Brüder einen Schädelbruch, der bald darauf seinen Tod herbeiführte. Der andere liegt in sehr ernstem Zustande im hiesigen Krankenhaus.

Sonstige Organisationen

- Breslau — Arbeiter-Sperants, Freitag 20 Uhr bei Roth, „Obergarten“, Zusammenkunft der „Radio und Esperanto“. Freitag, Gewerkschaftsabend, Donnerstag 19.30 Uhr im „Grünen Baum“ Diskussionsabend. Vortrag: „Deutsche Außenhandelspolitik“. Die Delegierten haben zu erscheinen!

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband — Breslau — Nord, Donnerstag 20 Uhr bei Schneider Rosenstraße, Mitglieder-Versammlung. Beitrag mitbringen. Referent anwesend. Gäste willkommen.
- Koter Frontkämpfer-Bund — Breslau — Gesamtfraktionssitzung des KFB, Donnerstag 20 Uhr „Hubertusfäden“, Referent: Kamerad Leo W. Berlin. — Generalsekretariat des KFB, Freitag 20 Uhr bei Hoffmann, Spittelstraße 18/19. Referent: Kamerad Leo W. Berlin. — Abt. 2. Sämtliche Funktionäre heute 19 Uhr bei Schneider in Bundesleitung zur Fraktionssitzung nach den „Hubertusfäden“. Mitglieder mitbringen. Freitag 19 Uhr Abmarsch zur General-Mitglieder-Versammlung von Mattiaschlag. Rabele hoch! Mitglieder mitbringen. — Abt. 4. Freitag 19 Uhr unter den „Ankerstein“, Leubnitzstraße, zur General-Mitglieder-Versammlung. — Abt. 6. Donnerstag 19 Uhr sämtliche SPD-Mitglieder im NSD. bei Banke, Friedhofstraße 41. — Freitag 19.30 Uhr alle Anträge mitbringen. — Girschberg, Freitag 20 Uhr im „Berliner Hof“ Kameradschaftsabend.

Donnerstag, den 22. Nov. und Freitag, den 23. Nov.:

Zwei Großfilme: „Die Ausgestoßenen“

ein Film gegen die Vorurteile der Menschen, wenn einer vorbestraft ist. Dazu „Die Königin des Varietés“ in den

Gewerkschaftshaus-Lichtspielen

Jugend verboten :: Einheitsplatz 50 Pfennig mit Ausweis Arbeiter-Sportklub E.V.

Chlorodont

besteht aus reinen Zahnweissungsmitteln

Die „Wawa“ im Ausschuh beschlossen

Am Dienstag tagten die Ausschüsse II und V der Stadtverordnetenversammlung, um nochmals zu der „Wawa“ Stellung zu nehmen. Bekanntlich war die letzte Sitzung der Ausschüsse aufgelassen, da sich die Deutlichen nationalen etwas wegen der Kosten zierten. Unterdessen haben sie aber ihre „schwerwiegenden“ Bedenken beilegeteigert und der nur geringfügig abgeänderten Vorlage des Magistrats zugestimmt. Die Sozialdemokraten waren offiziell — soweit ihre Redner in Frage kommen — von vornherein feuer und Flamme für diese glänzende Gelegenheit, das Geld der Steuerzahler zu verpulvern, obwohl die Hälfte ihrer Fraktion, wie wir genau wissen, gegen die Ausstellung ist. Abgelehnt wurde demnach am Dienstag die „Wawa“ nur von den Kommunisten.

Gegenüber der bisherigen Vorlage unterscheidet sich der neue Beschluß darin, daß nicht mehr die Stadt die Ausstellung mit ihrem Namen deckt, sondern die Messgesellschaft vorgeschoben wurde, der man die schon bewilligten 500 000 Mark städtischen Zuschuß als „Darlehen“ überwiesen hat. Pro forma sagt man nun, ein eventuelles Defizit müßte von der Messgesellschaft getragen werden, obwohl jeder weiß, daß die Messgesellschaft überhaupt nur von städtischen Zuschüssen leben kann. Der Trick ist zu offensichtlich, als daß er Glauben finden könnte.

Der Magistrat soll sich äußern

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat folgende Anfrage an den Magistrat gestellt: Ist der Magistrat bzw. der Oberbürgermeister bereit, darüber Auskunft geben, nach welchen Grundzügen die Zusammenlegung und Verteilung der Verwaltungsbereiche an die unbesoldeten Magistratsmitglieder erfolgt? Bei der Verhandlung dieser Anfrage wird das Vorgehen des Magistrats gegenüber dem kommunistischen Stadtrat Genossen Ammon zur Sprache kommen. Der Oberbürgermeister hat also schnell Gelegenheit bekommen, seine merkwürdige Personalpolitik zu begründen.

Unterföhlung, Paketdiebstahl und Falschmünzerei aus Breslauer Gerichtssälen

Der Steuerbeamte Ernst Kluge war im Lohnsteuerbüro tätig. Er glaubte, sich eine weitere Einnahmequelle durch die Verwertung von Lohnsteuermarken verschaffen zu können. Nach seinen eigenen Angaben entwendete er einen Dogen Steuermarken im Werte von 12 Mark. Die Marken versuchte er bei verschiedenen Postanstalten einzulösen. In einem Falle gelang es ihm, einen Betrag von 10 Mk. herauszubekommen, während er wegen der anderen Marken einen schriftlichen Antrag stellen sollte. Dadurch kam die Sache heraus. Das Gericht erkannte auf die hierfür zulässige Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde nur teilweise angerechnet.

Der Angeklagte Richard Paschig hatte es auf die Paketierungen der Reichspost abgesehen. Unter Vorwänden verband er es, sich an die Paketlager heranzumachen und im geeigneten Augenblick die Pakete entweder verschwinden zu lassen oder zu öffnen und auszuräumen. Das Gericht erkannte auf acht Monate Gefängnis.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht fand der zweite Akt eines Falschmünzerprozesses statt. Der Hauptangeklagte Kröll wurde vom Schöffengericht und in der vorigen Woche auch von der Strafkammer mit zwei Jahren Gefängnis bestraft. Diesmal war seine höhere Wittin Emma Kaiser, in deren Wohnung er die Falschmünzerei betrieben hatte, angeklagt wegen Beihilfe. Das Gericht war der Ansicht, daß sie unter dem Zwange des Hauptangeklagten gehandelt hatte und verurteilte sie zu einem Monat Gefängnis unter Zustimmung einer dreijährigen Bewährungsfrist.

Vollzeitsche Wochenkassette. In der Woche vom 4. bis 10. November wurden 33 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen: Brandstiftung 4, einfachen Diebstahls 2, Betruges 2, Urkundenfälschung, 1, Stillschleppverbrechens bzw. Vergehens 1, Körperverletzung 1, Bettelns und Arbeitsscheu 9, großen Unfalls 1, Schußhaft 12.

Auto fährt in Straßenbahnzug. In den Nachmittagsstunden des Dienstags ereignete sich Ecke Schmiedlicher Straße und Kornede ein Zusammenstoß zwischen einem Auto und dem Straßenbahnzug der Linie 2, vom Südpark kommend. Das Auto fuhr in den Straßenbahnzug hinein. Eine Frau ist hierbei verletzt worden.

Esperanto-Kurse. „Wissen ist Macht! Bildung macht frei!“ Diese Worte sollten Ansporn sein, daß alle Genossinnen und Genossen ihre freie Zeit dem Studium der Weltsprache Esperanto widmen. Neue Kurse beginnen Dienstag, den 27. November, 20 Uhr im Schulhaus „Kanonenhof“, Taschenstraße 31. Teilnehmergebühr einschließlich Lehrbuch 4,50 Mark. Anmeldungen daselbst oder beim Genossen Hans Herlich, Alsenstraße 57, sowie beim Genossen Will Wober, Wehlstraße 62. Unterrichtsabend der Ortsgruppe jeden Freitag 20 Uhr bei Roth, „Obergarten“, Matthiasstraße 35.

Der Bund der Kinderreichen, Bezirk Ohlauer Tor, veranstaltet Freitag im „Königshaus Wappenhof“ einen bunten Abend. Zuerst soll das gesamte Varietés-Programm ab. Nach der Vorstellung folgt Tanz. Der Eintrittspreis von 80 Pf. ist so bemessen, daß er auch den Kinderreichen die Teilnahme ermöglicht. — Die Einnahme ausschließlich Steuern dient zur Weihnachtsbescherung armer Kinder. — Kassenschließung 19 Uhr, Beginn 20 Uhr. Karten zur Vorstellung verkauft das Verkehrsbüro Barasch, Ring.

Rino

Weltbühne. „Im Wespennest.“ Ein raffiniert aufgenommener Sensationsfilm mit all den Tricks und Neberräufungen, die wir von Harry Piel her gewöhnt sind. Nur wird diesmal Harry Piel von Eddi Polo noch übertroffen. Sehr gut ist der kleine Kulturfilm „Eine Reise nach Algier“. Auf der Bühne singt eine Berliner Soubrette.

Apokalypsis. „Don Juan.“ Ein Eitenbild aus dem Rom zur Zeit der blutigen Herrschaft der Borgias. Don Juan wird von den Borgias als Nebenbuhler verfolgt. In dem Kampf bleibt er am Schluß Sieger. Gut ist die Darstellung des Don Juan durch John Barrymore. Davon allerdings, daß die Borgias zur gleichen Zeit ungefähr auch den Thron im Vatikan inne hatten, Schweigt man.

Waldenburger Bergland

Neuwahlen im Bergarbeiterverband

Aus Essen wird und geschrieben: Im Bergarbeiterverband des Ruhrgebiets haben die Generalmitgliederversammlungen der Jahressitzungen begonnen, die Neuwahlen der Ortsverwaltungen durchzuführen. Dabei zeigte sich, daß die Reformisten alle möglichen Schwindelmethoden anwenden, um die alten reformistischen Ortsverwaltungen zu halten oder oppositionelle Ortsverwaltungen zu befeitigen. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ leitet in zwei Artikeln eine wüste Debatte gegen die Opposition ein und mündet ihre reformistischen Freunde auf, jede Demokratie bei den Ortsverwaltungen zu verhindern und alle möglichen Betrugsmanöver anzuwenden.

In der Zahlstelle Rotthausen haben die Reformisten auch ein ganz gemeines Betrugsmanöver durchgeführt. Am Tage vor der Zahlstellenversammlung brachten sie dem Vertrauensmann fünf- undzwanzig Neuaufnahmen. Der Vertrauensmann, ein oppositioneller Genosse, war der Auffassung, daß es sich um 25 für den Verband neu geworbene Bergarbeiter handle, da ihm die Namen persönlich nicht bekannt waren.

Am anderen Morgen in der Zahlstellenversammlung mußte der Vertrauensmann jedoch feststellen, daß diese 25 zum größten Teil überhaupt keine Bergarbeiter waren, sondern sich aus Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend zusammensetzten. Diese hatten natürlich gar nicht die Absicht, Mitglieder des Bergarbeiterverbandes zu bleiben, da sie ja nicht im Bergbau arbeiten, sondern sie wollten nur unter der Vorpiegelung einer Mitgliedschaft an der betreffenden Zahlstellenversammlung teilnehmen, um für die reformistischen Drahtzieher das Stimmvieh zu liefern. Dieses Vorkommnis zeigt, daß die oppositionellen Kameraden auf der Hut sein müssen, um nicht durch solche Betrugsmanöver der Reformisten überlistet zu werden.

Die oppositionellen Kameraden haben es nicht notwendig, solche Betrugsmanöver aufzuführen. Die reformistische Leitung des Verbandes hat soviel Verrätereien begangen, daß es unseren Genossen möglich ist, in politischer und tatsächlicher Diskussion über revolutionäre oder reformistische Gewerkschaftsführung den Nachweis zu bringen, wie arbeiterfeindlich die reformistische Politik ist. Die Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit im Laufe des vergangenen Jahres und auch das Verhalten der Verbandsleitung in dem jetzt geführten gewaltigen Kampf in der Metallindustrie haben bewiesen, daß nur unter revolutionärer Führung die Gewerkschaften für die Interessen der Arbeiter eintreten werden. Darüber gilt es, die Bergarbeiter auch in

den Generalmitgliederversammlungen des Bergarbeiterverbandes aufzuführen und sie für eine revolutionäre Klassenbewußte Gewerkschaftspolitik zu gewinnen. In Erkenntnis dieser Notwendigkeit müssen die Verbandsmitglieder die Reformisten aus den Ortsverwaltungen verjagen und die Ortsverwaltungen durch Klassenbewußte revolutionäre Arbeiter besetzen.

Auch die Waldenburger Bergarbeiter müssen zu den Neuwahlen rufen. Sie müssen zu einer Abrechnung mit den Funktionären werden, die bei der letzten Lohnbewegung auf Seiten der Zentral-Streitleitung standen und so mißfallen, den Streit abzuwürgen. An die Spitzen der Zahlstellen müssen Kampfschlüsseln Kollegen gestellt werden.

Um 200 000 Mark betrogen

Aus Freiburg wird uns gemeldet: Ueber das Vermögen des Bankhauses Julius Waldmann ist auf Antrag des Inhabers das Konkursverfahren eröffnet worden. Bankier Waldmann hat angegeben, daß seine Tochter Marianne ihn im Laufe der Zeit durch falsche Eintragungen um 200 000 Mark betrogen habe. Die Tochter konnte in Pirau verhaftet werden. Das Bankgeschäft wurde geschlossen und sämtliche Geschäftsbücher beschlagnahmt.

Freiburg

Stärkt den Jugendverband! Parteigenossen und K. V. Kameraden, schickt eure Söhne und Töchter in die Kommunistische Jugend. Am 9. Dezember im Gasthof „Zum goldenen Frieden“ in Polenz findet ihre Gründungsfeier statt. Die Jugendgenossen und -genossinnen der Weiskreuzer und Waldenburger Jugend werden herzlich eingeladen. Sendet die Jugendleiter mit. Adresse lautet: Paul Soboth, Freiburg i. Schles., Nikolaistraße 23. Jugendgenossen und -genossinnen, erscheint rechtzeitig zur Freiburger Gründungsfeier des K. V. am 9. Dezember!

Schweidnitz

Freie Schulbewegung. Freitag, den 23. November, im „Volksgarten“ (Vereinszimmer) Versammlung. Es spricht Lehrer Richter-Weißstein über wichtige Fragen der freien Schulbewegung. Arbeitereltern müssen unbedingt erscheinen. Beginn 8 Uhr.

Niederschlesien

Görlitz

Noch einmal das Görlitzer Arbeitsamt

Die schon einmal von uns angegriffenen Zustände beim Arbeitsamt haben sich in den letzten Tagen noch gehörig dadurch verschlimmert, daß nunmehr auch das stundenlange Warten schon beim Geldeauszahlen eingerissen ist. Vielleicht versucht man auf diese Weise die Erwerbslosen gegen die Unbilden der Bitterung „abzuhärten“, weil man die feste Absicht hat, sich in diesem Jahre vor jeder Sonderbeihilfe, die den Proleten wenigstens den Kauf von Heizmaterial ermöglichen würde, herumzudrücken. Jedenfalls läßt man sich aber genügend Zeit für solche „schwerwiegende“ Entschlüsse, wie das Auszahlen von Weihnachtshilfe. (Bei Gehaltsaufbesserungen für den Herrn „Ober“ oder bei Berechtigung von etlichen Tausenden für den „geliebten Landesvater“ geht das bedeutend schneller.) Jämmerlich, man hat Zeit übrig für die Erwerbslosen — das ist aber so ziemlich alles, was man für sie übrig hat! Die Klagen über die unerhörte Nummer bei der Bearbeitung der Anträge häufen sich. So ist zum Beispiel beim Nachweis Riesz (der zu Görlitz gehört) ein Arbeiter, der schon seit dem 8. Oktober auf die Erledigung seines Antrages wartet. Er erhält einweisen einen Vorstoß, der natürlich wesentlich geringer ist als die ihm zustehende, gewiß nicht große, Unterstützungssumme. Aber selbst diese wollte man ihm bei der letzten Zahlung nicht ausshändigen. Wenn die Papiere nicht zur Zeit zurück sind, dann muß er eben Kopfschütteln — so will es in seiner unerforschten Weisheit das hohe Arbeitsamt. Und wenn, wie in einem anderen Fall in Görlitz, so ein hungernder Prolet mal mit unangebrachter Reugier die Frage wagt, wo denn der geheimnisvolle Ort ist, von dem die Papiere nicht zurückkommen, wird er im Feldwebelton angeknurrte: „Das geht Sie gar nichts an!“ Ueberhaupt scheint man die Erwerbslosen als geeignete Objekte anzusehen, an denen man bei Bedarf seine schlechte Laune auslassen kann. So wollte man einem anderen Erwerbslosen von seinen 10,50 Mark Unterstützung die Hälfte für seine geschiedene Frau und ein Kind glatt abziehen, scheinbar um sich vor einer weitergehenden Unterstützung der Familie zu brüden. Ermahnungen darüber, daß diese drei Personen bei einem Einkommen von zusammen 10,50 Mark einfach verhungern müssen, brauchte man natürlich nicht anzustellen. Aber den Arbeiter, der sich gegen diese Methoden zur Wehr setzt, fragt man, um zum Hunger auch den Hohn nicht zu vergessen: „Warum arbeiten Sie denn nicht?“ Und dann droht man mit dem Arbeitshaus. (So geschah im Zimmer 2 des Wohlfahrtsamtes.) Gewiß, eine einfache Methode (Arbeitslosigkeit wird mit Arbeitshaus bestraft), um das Erwerbslosensproblem im Sinne dieser Republik und ihrer kapitalistischen Einpeitscher zu lösen.

Die hier geschilderten Zustände sind nicht nur unwürdig für die Arbeiter, von deren Gelde dieser ganze Betrieb aufrecht erhalten wird, sondern ein unerhörter Skandal. Es liegt an den Erwerbslosen, selbst hier eine gründliche Abhilfe zu schaffen, indem sie allen Widerständen zum Trotz daran gehen, sich zusammenschließen und sich eine Vertretung zu wählen, die ihre Interessen vertritt.

Wähliger Tod. Der wissenschaftliche Leiter des Städtischen Amtes und der Nachrichtenstelle des Magistrats, Dr. Berner, ist plötzlich an Herzschlag gestorben. Er hat nur ein Alter von 29 Jahren erreicht.

Wader. Am Sonntag trafen sich Hoherswerda I gegen Wader I auf dem Friedhofplatz. Bei festem Winde wurde es beiden Mannschaften nicht allzu leicht. Hoherswerda hat ein durchaus gutes Spiel gezeigt, was auch von Wader zu berichten wäre. Der Forman von Wader war, wie schon am vorigen Sonntag, eine brüderliche Klasse. Wader konnte einen 5:1-Sieg verbuchen. Beide Parteien spielten fair und zeigten gute Leistungen.

Denzig

Die Herr Leipziger Arbeiter behandelt.

Bei der Firma Gebr. Fyler, Glasbläserwerke, in ein Ingenieur namens Leipziger, während des Krieges Marineoffizier und jetziger Stahlhelmführer der hiesigen Ortsgruppe, seit einigen Jahren als Abteilungsleiter eingestellt. Dieser Herr denkt, mit den Arbeitern immer noch im militärischen Ton umgehen zu können. Verschiedene Vorkommnisse wie „Sie Fiel“, „Kamel“ und andere werden ihm gebracht. Nur gegen Mitglieder des Stahlhelms, die seine besonderen Befehle sind, ist dieser Herr sehr nachsichtig und werden solche mit Vorliebe eingekleidet, ganz gleich, ob sie auch die ihnen angeordnete Arbeit richtig ausführen können. Aber gegen die übrige Arbeiterchaft ist er rücksichtslos. Der folgende Fall zeigt, wie dieser Herr gegen Arbeiter anderer Abteilungen vorgeht: Am letzten Sonntag kam er mit einem Arbeiter aus einer anderen Abteilung in Streit. Er brüllte den Arbeiter in unerschämter Weise an. Er

schiel, halten Sie Ihre Klappe, halten Sie Ihren Schnabel, sonst haue ich Ihnen ein paar hinter die Köpfe! und noch vieles mehr konnte man weithin hören. Die Arbeiter, die das hörten, wunderten sich, daß der Kollege, der in der Arbeiterpartei ein erstklassiger Kämpfer und Boxer ist, seine Ruhe bewahren konnte und sich derartiges gefallen ließ. Nach derartigen Vorgängen hätte eigentlich Herr Leipziger von der Verbandsleitung eine Rüge bekommen müssen, aber was erlaubt sich dieser Herr Leipziger noch? Er geht zu dem Abteilungsleiter des betreffenden Arbeiters, er sollte ihn sofort entlassen. Da nun der Kollege ein guter Arbeiter ist, dachte sein Abteilungsleiter gar nicht daran, den Arbeiter zu entlassen, und Herr Leipziger mußte unerbittlicher Sache wieder seiner Wege gehen. Uns wundert es nur, daß der betreffende Arbeiter nicht zum Betriebsrat ging und sich über diese Ausdrücke beschwerte. Arbeiter von Penzig, laßt euch derartige Schikanierungen nicht gefallen! Tretet ein in die kommunistische Partei, werdet Leher der „Arbeiter-Zeitung“, die derartige Dinge an den Franger stellt.

Grünberg

Die Affäre des Oberbürgermeisters Finkle

(Fortsetzung.)

a) Der Polizeikommissar Bergande war schon im Dienste der Stadt Grünberg, als Oberbürgermeister Finkle nach Grünberg kam. Ursprünglich war Bergande ein tüchtiger Beamter. Die Polizei wurde verstaatlicht, so daß Bergande nur in beschränktem Umfang seine frühere Tätigkeit beibehielt. Er hatte u. a. auch die polizeiliche Gehörtskaffe zu verwalten. Während des Rapp-Fußjahres mußte B. den Dienst zeitweilig niederlegen. Als er später den Dienst wieder antrat, war er im Dienst buhmilig. Eines Tages, als er einen Wechsel von 3000 Mark für sich einlösen mußte, das Geld aber nicht sofort bei der Hand hatte, nahm er 3000 Mark aus der von ihm verwalteten Kasse, meldete dies aber dem Oberbürgermeister Finkle am Tage vor der Revision. Bergande erstattete auf Anraten des Regierungspräsidenten gegen sich selbst Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Der Oberbürgermeister meldete den Vorfall beim Regierungspräsidenten mit dem Bemerkung, daß seines Grachtens keine Unterschlagung vorliege, da es zweifelhaft sei, ob B. bei Entnahme des Geldes nicht den Willen hatte, das Geld sofort wieder in die Kasse zu legen, nachdem er von der Bank die 3000 Mark erhalten hatte.

Oberbürgermeister Finkle hat angeordnet, daß B. die Kasse sofort an einen anderen Beamten abgebe. Dieser Beamte hat nicht sofort durchgegriffen, sondern den B. noch etwa fünf Tage in der Kasse weiterarbeiten lassen. Jetzt stellte sich noch ein Fehlbetrag von 840 Mark heraus. Oberbürgermeister Finkle hat strenge Bestrafung des B. verlangt. Der Magistrat war aber milder. Er wollte den B. nur „los“ werden. B. hat um seine Entlassung und verzichtete auf Pension. Diese Verzichtserklärung hat Oberbürgermeister Finkle entgegengenommen. Der Regierungspräsident teilte dem Oberbürgermeister Finkle mit, er stelle anheim, eine formgerechte Erklärung auf Penzionsverzicht entgegenzunehmen. Der juristische Stadtrat in Grünberg erklärte aber, der schriftliche Verzicht genüge. Trotzdem hat Oberbürgermeister Finkle später nochmals in einer formgerechten Urkunde den Penzionsverzicht aufnehmen lassen.

b) Rechnungsdirektor Schulz war Aufsichtsbekannter der Stadthauptkasse. Oberbürgermeister Finkle kannte Schulz aus seinem früheren Wirkungskreis in Soltau. Er hat den Magistrat vor der Einstellung des Schulz gewarnt und auf Charakterfehler des Schulz hingewiesen. Schulz ist eines Tages zum Kapizier der Stadthauptkasse gegangen und hat sich 3000 Mark für persönliche Zwecke ohne Anweisung auszahlen lassen, dafür aber einen Zettel, auf dem er über den Empfang quittierte, in die Kasse gelegt.

Nach Aufdeckung dieser Tat ist der Magistrat milder als der Oberbürgermeister Finkle, welcher auf strenge Bestrafung hinarbeiten will. Der Magistrat veranlaßte den Oberbürgermeister Finkle, an den Regierungspräsidenten zu berichten, daß er die Sache milder und nicht als Unterschlagung auffasse. Auf Verreiben des Oberbürgermeisters Finkle wird Schulz, da der Regierungspräsident ein formelles Disziplinarverfahren ablehnt, auf Anweisung des Ministers im Disziplinarwege (!) bestraft.

c) Frau Haffel: Dieser war bei der Stadt Grünberg beim Steueramt in Stellung. Er war zur Steuererhebung oder zur Annahme von Schuldgeldern nicht berechtigt. Nach dem Weggange des Oberbürgermeisters Finkle von Grünberg stellte sich heraus, daß die Steuer- oder Schuldgeldzahler, wenn sie an der Stadtkasse etwas warten mußten, dem Haffel ihre Beträge übergeben haben, damit er dieselben für sie abgebe. Haffel hat nach dem Fortgange des Oberbürgermeisters Finkle diese Beträge in Höhe von 11 000 Mark eingepreßt, ohne sie abzuliefern.

Auf besonderes Verlangen erklärten die Grünberger Vertreter, daß

irgendwelche Schäden durch den Abbau der Beamten nicht bekannt geworden seien. Damit betrachten wir die Angelegenheit als erledigt.

Die Stadtverordneten:

gez. Dr. Dehler, gez. Sängler, gez. Schenck, gez. Doefner.

Soweit der angeführte Bericht, der mit den nicht amtlich beantragten Grünberger Vertretern Stadtrat Sängler und Stadtvorordnete Brand zusammengefaßt worden ist. Wir werden in der nächsten Nummer eingehend zu der ganzen Angelegenheit Stellung nehmen. Es ist ein schändliches Skandal, wie dieser Bericht zustand gekommen ist und in Sagan als Bericht der Vertreter Grünbergs zur Berichtigung gegeben wird.

Kriegertum vor dem Unternehmer.

Vor einigen Tagen hatte der Seniorschef der Spinnerei „Fidelis“ Hochzeit. Die circa 50 Mann starke Belegschaft sammelte zu diesem Zwecke auf einer Sammelstunde den Betrag von 22 Mark und kaufte hiervon einen Satz geschliffener Weingläser und spendete dies als Hochzeitsgeschenk dem Ausbeuter, ihrem Chef. Wie wir erfahren, sollte vor der Hochzeit eine Kaffeetafel stattfinden für die Belegschaft. Doch schnell fiel diese aus, da nach Ansicht des Chefs es genüge, daß er durch Hänbedrücken sich bei jedem einzelnen für das Geschenk bedanke. Arbeiter der Firma Fidelis, glaubt ihr, daß ihr durch dieses Kriegertum höhere Löhne erhalten werdet? Glaubt ihr etwa, daß ihr jetzt bei eurem Zweischichten-System für die Stunden, die als Nachtzeit gelten, von 8—10 Uhr, einen Aufschlag erhalten werdet? Dieses euer Recht könnt ihr euch nur erkämpfen und nicht durch die Methode des Geschenkemachens erlangen. Euer Ausbeuter muß ja denken, ihr lebt im Ueberfluß, wenn ihr ihm noch etwas schenken könnt. Seid Klassenbewußt und richtet euren Arbeitsbrüder die Hand als Gelohnis zum gemeinsamen Kampf. Organisiert euch rechtzeitig in den freien Gewerkschaften und verlangt von euren Führern, daß sie eure berechtigten Interessen wahrnehmen. Verstärkt die Opposition, lest die „Arbeiter-Zeitung“ und rüftet zum Kampf gegen alle Ausbeuter.

Die Arbeiter müssen den Mund halten.

Letzten Sonnabend hielt die Zahlstelle des K. V. Grünberg in Schweidnitz ihr Stützungsfest ab. Als Referent war der Kollege Struwinz von der Unterleitung Frankfurt erschienen. Seine Ausführungen waren eine Verherrlichung der Republik und ihrer Einrichtungen. Die Wirtschaftsdemokratie wurde als Allheilmittel gebietet. Mit der Aufforderung, treu zur Organisation und ihrer Führung zu stehen, beendete er seine inhaltlose Rede. Der Betriebsrat der Konsolidierten Gruben wollte jetzt eine kurze Ansprache halten und über die Arbeitsverhältnisse und schlechten Lohnbedingungen sprechen, weil der Redner diese wichtigen Fragen gar nicht erwähnt hatte. Dies wurde ihm nicht gestattet. Die Folge war, daß es einen ordentlichen Krach zwischen diesen beiden gab: Kameraden, das ist die vielgerühmte Demokratie in der Organisation, wo die Wogen stundenlang den größten Blödsinn verzapfen, der Kumpel aber den Mund zu halten hat. Erwacht endlich aus eurer Passivität und kämpft mit der Opposition gegen die Vergewaltigung der Betriebsarbeiter.

Sagan

Stadtverordnetenversammlung. Wieder einmal waren die Stadtväter zu einer Sitzung geladen, die 21 Punkte zu erledigen hatte. Zum Antrag der kommunistischen Stadtverordnetensektion — Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung — sprachen die Genossen Geppert und Gassny. Geppert wies auf die Eingemeindungen der Guts- und Gemeindebezirke hin, wonach unsere Stadt ein Mandat mehr erhalte. Der Stadtrat habe die Kommunalwahlen um ein Jahr verschoben und so in die Rechte des Volkes eingegriffen. Da wir uns daran nicht mit schuldig machen wollten, stellen wir diesen Antrag. Genosse Gassny wies auf die Entscheidung der bürgerlichen Mehrheit hin, die die Einwohnerchaft aufs schwerste schädige. Zum Beispiel hätte die Garzisonfrage eine andere Erledigung finden müssen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der SPD. und KPD. abgelehnt. Bei Bewilligung der 1500 Mark für Unterhaltung und Bedienung des Sprengwagens stellte Genosse Gassny einseitige Verwendung fest. So wurden bei Feiernparaden die Straßen kurz vorher besahren, bei Gewerkschaftsfesten und ähnlichen Anlässen jedoch nicht. Gegen die Beihilfe für den Verkehrsverein wandte sich Genosse Geppert, indem er nachwies, daß dieser Verein Politik betreibt. Läßt er doch Vorträge über Sowjetrußland halten, in denen die Tatsachen direkt auf den Kopf gestellt werden. Der sehr günstige und zweckmäßige Ankauf des Gutes Jeschendorf wurde nach längerer Debatte vertagt. Am Schluß der Sitzung stellte die kommunistische Stadtverordnetensektion einen Antrag im Interesse der Erwerbslosen, in dem eine einmalige Beihilfe für den Haushaltsvorstand und 10 Prozent für jedes Kind gefordert wurde. Der Antrag wird die nächste Sitzung beschäftigen.

Revolutionsfeier. Sehr zahlreich war die Arbeiterschaft Sagan am Sonnabend dem Rufe der kommunistischen Partei, zur Revolutionsfeier zu erscheinen, gefolgt. Die Darbietungen des Arbeitergesangsvereins und des Mandolinenchors ernteten reichen Beifall. Der Mandolinenchor mußte sich entschließen, einige Stücke mehr vorzutragen. Die Ansprache hielt der Reichstagsabgeordnete Genosse Hein. In seinen Ausführungen zog er eine Parallele zwischen der Revolution in Rußland und in Deutschland. In einfachen, klaren Worten wurde den Zuhörern ihre Lage geschildert, in der sie sich, Dank der Koalitionspolitik der SPD-Führerschaft, seit zehn Jahren befinden. Er erinnerte die Genossen an den Schwur der Partei, nicht eher zu ruhen, bis auch wir in Deutschland beginnen können, den Sozialismus aufzubauen. Zum Schluß forderte der Genosse die Anwesenden auf, der kommunistischen Partei beizutreten, um so mitzuhelfen an dem Werk der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus. Den Mittelpunkt des Interesses bildete die hiesige Arbeiter-schauspielertruppe „Blau Blau“, die zum erstenmal vor der Arbeiterschaft trat. Der Arbeiter sah das, was täglich um ihn ist, und er täglich spürt und in der Presse liest, zum erstenmal lebend und erlebend auf der Bühne. Genannt seien nur „Das Lied der Maschinen“, „Die letzte Nacht“ und „Urteil“. Auch der politische satirische Teil der Truppe gut gelungen. Wahre Lachsalben löste das Bild „Die Ederburger Ketterei“ aus. Beim Durchschreiten der Tischreihen hörte man Teile der Unterhaltungen wie: „Da steht Arbeit dahinter“ oder „das wird Mühe gemacht haben“, welche zeigen, daß die Arbeiterschaft an den Arbeiten der Genossen reges Interesse nimmt. Doch, Genosse Emil, nicht allzu laut, die Genossen Mag und Feig beim satirischen Spiel mehr heraus, so wie Paul; die Genossen Wolf mehr revolutionäre Glut; doch trotz diesem: die Genossen geben ihr Bestes. Sie spielen ihre Rollen nicht nur, sondern leben sie. Bedenken wir, daß unsere „Blauen Blauen“ tagsüber an Betrieb und Werkstatt gefesselt sind, so ist nicht zuviel gesagt, wenn man ihre Arbeit neben die der „Roten Trömler“ stellt. Hoffen wir, daß sie halten, was ihre erste Arbeit versprochen. Diese Veranstaltung war jedenfalls ein toller Erfolg unserer Sache.

Goldberg

Drohender Hauseinsturz infolge Wasserrohrbruchs. Im Hause des Leberhändlers Benger brach, ohne daß man es sofort bemerkte, ein Hauptwasserrohr. Das Wasser unterließ einen Pfeiler des Hauses und brachte ihn zum Einsturz. Infolge dessen ist das Haus in seinem Bestehen gefährdet. Man hat es abgesteift und hofft, den Einsturz verhindern zu können. (Ein ungeheurer leichtsinniges Spiel mit Menschenleben. — Die Red.)

Aus dem Riesengebiet

Revolutionsfeier in Petersdorf. Sonnabend 20 Uhr im „Berichtskreis“ in Petersdorf Revolutionsfeier unter Mitwirkung der Hirschberger Schallmeienkapelle. Wir erwarten, daß die Petersdorfer Arbeiterschaft die selbe reiflos besucht.